

# Politische Positionen

Von Bürokratie bis Außenhandel: Vor der Europawahl hat die IHK Berlin Parteien zu Themen befragt, die die Wirtschaft umtreiben



	 <b>CDU</b>	 <b>SPD</b> Soziale Politik für Dich.	 <b>BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN</b>
<b>Bürokratieabbau</b> Welche konkreten Maßnahmen will Ihre Partei für den Bürokratieabbau auf europäischer Ebene ergreifen?	Für jede neue Regelung wollen wir zwei alte abschaffen. Es muss einen Bürokratiestopp geben. Gesetzgebung muss sich auf strategische Bereiche konzentrieren und zusammen mit der Wirtschaft erfolgen. Ursula von der Leyen hat sich auf einen Bürokratieabbau um 25 Prozent verpflichtet.	Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft. Die SPD setzt sich vorrangig dafür ein, nicht nur die Quantität in den Blick zu nehmen, sondern die Qualität der Rechtssetzung zu verbessern. Darüber hinaus möchte die SPD die Berichtspflichten vereinfachen und digitalisieren.	Wir werden neue Gesetze auf die Auswirkungen auf KMU prüfen und für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen sorgen. Durch die Digitalisierung der Verwaltung und das Once-Only-Prinzip können Berichtspflichten reduziert und Antragsverfahren vereinfacht werden.
<b>Fachkräfte</b> Der EU-Arbeitsmarkt steht im Wettbewerb mit den USA, Kanada und anderen Wirtschaftsräumen. Wie wollen Sie die Anziehungskraft des EU-Arbeitsmarktes für internationale Talente erhöhen?	Der EU-Arbeitsmarkt punktet mit Mobilität in 27 EU-Ländern und Schutzstandards für Beschäftigte, wir streben eine höhere Tarifbindung an. Wir setzen uns für eine konsequente Digitalisierung der Verfahren rund um die Arbeitsaufnahme von qualifizierten Fachkräften in der EU ein.	Die SPD möchte Bildungs- und Berufsanerkennung vereinfachen, die Mobilität von Fachkräften fördern und klare Einwanderungsregelungen schaffen. Zudem fördert sie gute Arbeit und Löhne sowie Weiterbildungschancen und eine stabile soziale Sicherung, um Arbeitskräfte zu finden und zu halten.	Wir setzen uns für eine umfassende EU-Fachkräftestrategie ein. Bei der Anwerbung aus Drittstaaten sollte die EU-Blue-Card-Initiative auf nicht akademische Berufe ausgeweitet werden, sofern ein konkretes Jobangebot zu marktüblichen Konditionen vorliegt.
<b>Innovation</b> Für die Entwicklung von Innovation und neuen Geschäftsmodellen spielt der Zugang zu Daten für Unternehmen eine entscheidende Rolle. Wie will Ihre Partei Unternehmen hier unterstützen?	Wir wollen eine echte Digital- und Datenunion mit einem modernen Wettbewerbsrecht und hochklassiger digitaler Infrastruktur, europäischer Cloud sowie europäischen Speicher- und Rechenkapazitäten. Datennutzung soll Chancen ermöglichen und kein Risiko sein.	Die SPD möchte Unternehmen durch die Schaffung einer europäischen Dateninfrastruktur unterstützen, indem Datenräume etabliert und klare Regeln für Datennutzung sowie Datenschutz eingeführt werden. Dadurch sollen Unternehmen sicher und einfach auf relevante Daten zugreifen können.	Wir wollen die transferorientierten Programmbestandteile von Horizon Europe ausbauen und für KMU attraktiver machen, regionale Innovationsökosysteme besser finanzieren und mit One-Stop-Shops sowie einem digitalen Kompass für Förderprogramme junge Gründer*innen fördern.
<b>Energie</b> Mit welchen konkreten Maßnahmen auf europäischer Ebene wollen Sie sich dafür einsetzen, dass europäische Energieversorgung unabhängiger von fossilen Energien ist?	Wir wollen den Energie-Binnenmarkt stärken: durch bessere, grenzüberschreitende Energieinfrastruktur und technologieoffene Energieforschung. Das Potenzial aller CO <sub>2</sub> -armen Technologien muss ausgereizt und die Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnern bei Energieimporten verstärkt werden.	Die SPD möchte den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben. Um den Austausch zwischen den Ländern zu erleichtern, setzt sie sich für ein europäisches Stromnetz ein. Zudem sollen innovative Technologien wie Wasserstoff und Energieeffizienzprojekte gefördert werden.	Wir bauen erneuerbare Energien als Teil einer aktiven Wirtschafts- und Industriepolitik EU-weit massiv aus und werden den Hochlauf der Produktion von grünem Wasserstoff sowie den Bau eines europäischen Wasserstoffkernnetzes entschlossen vorantreiben.
<b>Außenhandel</b> Welche Schwerpunkte wollen Sie in der EU-Handelspolitik für die neue Legislatur setzen? Wie stehen Sie zu weiteren Freihandelsabkommen?	Wir brauchen eine strategische EU-Handelspolitik: mehr Diversifikation. Mehr Freihandelsabkommen ohne Überfrachtung mit sachfremden Themen. Ausbau der Energie- und Rohstoffpartnerschaften. Besserer Zugang unserer Unternehmen zu ausländischen Digitalmärkten.	Die SPD möchte multilaterale Strukturen stärken und kritische Daseinsvorsorge schützen. Dabei setzt sie den Schwerpunkt auf faire Handelsabkommen, die hohe Umwelt- und Sozialstandards einhalten und in denen europäische Werte verankert sind.	Wir setzen auf Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern wie Australien, Indien und den Ländern Lateinamerikas und Südostasiens, die sich zu einem regelbasierten Welthandel bekennen. Mit hohen Standards schützen wir unsere Unternehmen vor einem Unterbietungswettbewerb.

 <b>Freie Demokraten</b> FDP	 <b>Die Linke</b>	 <b>AfD</b>	 <b>Bündnis Sahra Wagenknecht</b>
Wir fordern einen „Bureaucracy Reduction Act“, um die Wirtschaft von mindestens 50 % der Bürokratielasten zu befreien, Kosten der Bürokratie müssen erfasst werden. Verordnungen müssen wo möglich mit einem konkreten Ablaufdatum beschlossen werden.	Ämter brauchen ausreichend Personal, um Anfragen und Anträge zügig zu bearbeiten. Regeln sollten klar und transparent sein. Nachweispflichten und Kontrollen sichern fairen Wettbewerb und schützen damit Unternehmen, die die Regeln einhalten, vor unlauterer Konkurrenz.	Die EU sollte sich darauf beschränken, den Rahmen des europäischen Freihandels zu gestalten und fairen Wettbewerb zu garantieren. Das Lieferketten-gesetz oder die Vergaberichtlinie müssen zurückgenommen werden. Dokumentationspflichten für KMU gehören reduziert.	Das Dickicht aus EU- und nationalen Vorschriften muss durch vereinfachte Regeln ersetzt, das EU-Beihilfe- und Vergaberecht reformiert werden, um Bürokratie ab- und öffentliche Gestaltungsspielräume durch höhere Schwellenwerte für EU-weite Ausschreibungen aufzubauen.
Wir fordern ein einjähriges Orientierungsvisum für Absolventen der weltweit besten Universitäten für alle EU-Länder, einen europäischen Talentpool mit Punktesystem, weitere Öffnung der Blue Card für nicht akademische Fachkräfte inklusive Senkung der Mindestgehaltsgrenzen.	Um ausreichend Fachkräfte zu gewinnen, brauchen wir gute Löhne und Arbeitsbedingungen sowie deutlich höhere Investitionen in Bildung und Ausbildung. Fachkräfte aus anderen Ländern brauchen langfristig sichere Aufenthaltstitel, damit sie sich für Deutschland entscheiden.	Hohe Steuern und Sozialabgaben machen Deutschland für Fachkräfte wenig attraktiv. Wir wollen die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Migrationskosten reduzieren und mehr Mittel in eine bessere Ausbildung unserer heimischen Nachwuchskräfte investieren.	Den Fachkräftemangel wollen wir primär durch Investitionen in Aus- und Weiterbildung und soziale Daseinsvorsorge beheben. Zudem müssen nationale und EU-Regelungen reformiert werden, um gute Löhne und Arbeitsbedingungen für Fachkräfte aus EU- und Drittstaaten zu sichern.
Wir wollen einen Raum der Datenfreiheit und der Datensicherheit schaffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass europäische Forschungsmittel gezielt zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur verwendet werden.	Forschung zu gesellschaftlich wichtigen Fragen muss öffentlich finanziert werden und die Ergebnisse öffentlich zugänglich sein. Zudem wollen wir sicherstellen, dass unabhängige Werkstätten Zugang zu Daten vernetzter Geräte erhalten.	Wir wollen die digitale Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten stärken, indem wir den Zugang zu Daten verbessern. Unser Ziel ist die Schaffung eines innovativen Binnenmarkts für Daten als Basis der Datenwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen.	Die EU-Datenstrategie und der Data Act müssen nachgebessert und die Macht vor allem US-amerikanischer Digitalkonzerne zurückgedrängt werden. Die EU muss den Aufbau eigener, nicht kommerzieller digitaler Plattformen (open source) mit hohen Datenschutzstandards forcieren.
Wir streben Vollendung des Energiebinnenmarktes und gemeinsame Energieaußenpolitik an, wollen Einsatz von Wasserstoff vorantreiben und wollen die Chancen der Fusionstechnologie und von Small Modular Reactors (SMR) nutzen.	Die öffentliche Hand soll sich stark am Aufbau der erneuerbaren Energien beteiligen. Wir brauchen massive Investitionen, um Solarfabriken wieder in der EU anzusiedeln. Der Strommarkt muss reformiert werden, um günstigen Strom für alle sicherzustellen.	Um Verbraucher zu entlasten und eine weitere Deindustrialisierung Deutschlands zu verhindern, befürworten wir die von der EU geförderte Rückkehr zur Kernkraft als kostengünstige und zuverlässige Alternative zu fossilen Energieträgern.	Erneuerbare Energien, Speichertechnologien und grünen Wasserstoff wollen wir mit EU- und nationalen Programmen fördern; die dezentrale Energieversorgung stärken. Die EU-Energiesanktionen gegen Russland müssen beendet werden, da Erneuerbare den Bedarf noch nicht decken.
Wir stehen für fairen und regelbasierten Handel, mit einer reformierten Welthandelsorganisation (WTO) als Grundlage. Wir fordern einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA und MERCOSUR-Staaten sowie ein Freihandelsabkommen mit Australien.	Wir setzen uns für internationale Kooperationsabkommen ein, bei denen alle profitieren. Wir wollen Produktion in die EU zurückholen und Rohstoffkreisläufe stärken, um die Versorgung zu sichern. Im Vergaberecht wollen wir den Vorrang regionaler Anbieter festschreiben.	Wir streben interessengeleitete Handelsabkommen an, die für die Vertragspartner Einfuhr-erleichterungen und Zollbefreiungen vorsehen. Wir lehnen Handelsabkommen ab, wenn diese intransparent und nicht öffentlich sowie ohne Beteiligung des Bundestages verhandelt werden.	Das BSW will eine faire und verlässliche Handelspolitik, um Rohstoff- und Energieversorgung sowie Absatzmärkte für EU-Produkte zu gewährleisten. Handelsabkommen müssen sozial-ökologische Standards beinhalten, um heimische Märkte vor Dumping-Konkurrenz zu schützen.